

Ist es wirklich fair und im eigenen Interesse klug von der EU, die innerirische Grenzproblematik wie eine elektronische Fußfessel dazu einzusetzen, das VK in der Zollunion zu halten?

Würde man ein britisches Kündigungsrecht nach 2 bis 4 Jahren einräumen, würde man den Vertrag mit seiner Übergangsfrist bis Ende 2020 retten, hätte also Zeit für die Aushandlung der Anschlussverträge und auch für die Suche nach der Wunderlösung für die innerirische Grenze. Sollte VK dann nach einer weiteren Frist das Grenzregime und die Zollunion kündigen, trüge es die volle Verantwortung für die Aufrechterhaltung von friedlichen Verhältnissen.

Möglicherweise wird es dann aber auch aus anderen Gründen gar nicht kündigen, weil sich z.B. die Meinung der Briten fortwährend gegen den BREXIT verschiebt. Und wenn doch, dann stehen die zu befürchtenden Unruhen in Nord-Irland doch der Vermeidung beträchtlichen Schadens an anderen Orten, vor allem in Großbritannien und Irland, aber auch in der kontinentalen EU gegenüber.

Sicher ist es ein brutales Pokern, das die letzten Wochen vor dem 29. März bestimmt. Frau May hofft ebenso wie die EU, dass am Ende dem Vertrag noch zugestimmt wird, um den harten BREXIT mit sofortigen Konsequenzen an der inneririschen Grenze zu verhindern. Von der entscheidenden Situation im britischen Unterhaus weiß man zurzeit nicht, ob eine Kündigungsklausel zum backstop zu einer Mehrheit verhelfen würde.

Man sollte es aber versuchen, denn wenn sich die Pokerspieler verkalkulieren, stehen am 30. März alle als Verlierer da, und dem inneririschen Frieden wäre auch nicht geholfen.